

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

103

Alexander Matthias Urhahn

Prozessverträge im Investmentrecht



Nomos

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit

Prof. Dr. Christian Heinze, LL.M.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Prof. Dr. Dirk A. Verse, M.Jur. (Oxford)

Band 103

Alexander Matthias Urhahn

Prozessverträge im Investmentrecht



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7088-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-2478-4 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die Juristische Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg hat die vorliegende Arbeit im Wintersemester 2020/21 als Dissertation angenommen. Stand des Manuskriptes ist Februar 2019. Rechtsprechung und Literatur konnten großteils bis Februar 2021 berücksichtigt werden.

Entstanden ist die Arbeit in meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl meines sehr geschätzten Doktorvaters Prof. Dr. Christoph A. Kern, LL.M. (Harvard). Ihm danke ich zuerst und zutiefst für die Anregung zum Thema, für den nötigen Freiraum bei der Ausarbeitung und für die vielen Gelegenheiten, von ihm zu lernen. Seine juristische Perfektion wird mir immer ein Vorbild sein.

Herrn Prof. Dr. Stefan J. Geibel, Maître en Droit (Université Aix-Marseille III) danke ich zum einen für das gewissenhafte und detaillierte Zweitgutachten. Zum anderen danke ich ihm, gemeinsam mit den weiteren Herausgebern, für die Aufnahme in die Schriftenreihe. Für den Prüfungsvorsitz und die anregende Diskussion in der Disputation danke ich Herrn Prof. Dr. Andreas Piekenbrock.

Darüber hinaus danke ich der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mein Studium sowie meine Promotion mit Stipendien gefördert hat. Der Druck dieses Werkes wurde gefördert durch je einen Druckkostenzuschuss der Studienstiftung *ius vivum* und des Arbeitskreises *Wirtschaft und Recht* im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Beiden Organisationen danke ich dafür.

Zum Entstehen und Gelingen der Arbeit beigetragen hat das anregende und freundschaftliche Arbeitsklima am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht in Heidelberg. Für diese fruchtbare Zeit danke ich allen Mitarbeitern, insbesondere Dr. Christian Uhlmann, Dr. Dominik Mohr, Johannes Kist, Simone Slawik, Dr. Valesca Profhenser, Dr. Jan-Ole Jena und Dr. Andreas Duttig.

Namentlich hervorheben und danken möchte ich ferner Andreas Betzelt, der eine frühere Fassung der Arbeit Korrektur gelesen hat, und Gabriel Lipps. Mit ihnen zusammen habe ich die Begeisterung für Jura entwickelt, die mich zum Promotionsstudium angespornt hat.

Schließlich danke ich von ganzem Herzen meinen Eltern Annerose und Dr. Gerhard Urhahn sowie, ganz besonders, meiner Frau Natalie. Ihr un-

Vorwort

terstützt mich in jeder Hinsicht bedingungslos und großzügig. Deshalb widme ich Euch dieses Buch.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	31
A. Thema	31
B. Erkenntnisziele und Gang der Untersuchung	35
Erster Teil Rechtliche Grundzüge von Prozessvertrags- und Investmentrecht	37
1. Kapitel: Prozessvertragsrecht	38
A. Rechtsnatur	38
B. Rechtsgeschäftslehre	43
2. Kapitel: Investmentrecht	47
A. Grundlinien der Regulierung – Anlegerschutz als Hauptzweck	47
B. Terminologie des KAGB	49
I. Begriff des Investmentvermögens	50
II. Offene und geschlossene Investmentvermögen	51
III. Spezial- und Publikumsinvestmentvermögen	53
IV. OGAW und AIF	55
V. Investmentsondervermögen und Investmentgesellschaften	55
VI. Extern und intern verwaltete Investmentvermögen	57
VII. Konstituierende Dokumente eines Investmentvermögens	58
Zweiter Teil Abschlussmöglichkeiten und Geltungsbereich von Prozessverträgen im Investmentrecht	59
3. Kapitel: Investmentsondervermögen	61
A. Investmentvertrag	62
I. Zustandekommen	63
II. Pflichten des Anlegers	64

Inhaltsverzeichnis

III. Pflichten der KVG	65
1. Einräumung des Investmentanteils und gegebenenfalls Rücknahme der Anteile	65
2. Portfolioverwaltung	67
3. Nebenpflichten	68
IV. Rechtsnatur	69
B. Verwahrstellenvertrag	71
C. Rechtsverhältnis zwischen Anleger und Verwahrstelle	72
I. Kein Vertragsschluss	73
II. Kein (atypischer) Vertrag zugunsten Dritter gemäß §§ 328 ff. BGB	76
III. Kein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Anleger	77
IV. Kein reines Deliktsrecht	78
V. Gesetzliches Schuldverhältnis mit Primärleistungspflichten	80
D. Rechtsverhältnis der Anleger untereinander	85
E. Abschluss und Geltungsbereich von Prozessverträgen innerhalb eines Investmentsondervermögens	86
F. Konsequenzen für Anleger und Fondsiniiatoren mit Blick auf Prozessverträge	87
4. Kapitel: Investmentgesellschaften	89
A. Satzung oder Gesellschaftsvertrag	89
B. Schuldrechtliche Beziehungen im Verhältnis KVG- Investmentgesellschaft-Anleger	90
I. Intern verwaltete Investmentgesellschaften	91
1. Für und Wider des Einheitsmodells	93
2. Gründe für das Trennungsmodell	96
a) Einheitliche Wirkung der Anlagebedingungen aller Investmentvermögen	97
b) Anlegerschützendes Haftungssystem von Investmentgesellschaften	98
c) Registerwahrheit bei der InvAG	103
d) Leichtere Änderbarkeit der Anlagebedingungen	104
3. Materiell-rechtliches Ergebnis	106
4. Prozessverträge mit der intern verwalteten Investmentgesellschaft	107

II. Extern verwaltete Investmentgesellschaften	108
1. Bestellungsvertrag zwischen externer KVG und Investmentgesellschaft	108
a) Pflichten der externen KVG	109
b) Pflichten der extern verwalteten Investmentgesellschaft	113
c) Rechtsnatur	115
2. Rechtsverhältnis der externen KVG zu den Anlegern	115
a) Investmentvertrag nur zwischen der extern verwalteten Investmentgesellschaft und den Anlegern	116
b) Kein Vertrag zugunsten der Anleger	120
c) Zwischenergebnis	120
d) Substitution analog § 664 Abs. 1 S. 2 BGB	121
aa. Substitution im Auftragsrecht	121
bb. Die Anwendbarkeit des § 664 Abs. 1 S. 2 BGB auf den Investmentvertrag zwischen extern verwalteter Investmentgesellschaft und Anleger	122
cc. Konkludente Gestattung des Anlegers und indirekte Substitution	124
dd. Rechtsfolgen der Substitution	125
e) Keine Expertenhaftung nach §§ 280 ff., 311 Abs. 3 BGB	126
f) Kein gesetzliches Schuldverhältnis	126
g) Bestellungsvertrag als Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Anleger	130
aa. Gläubigernähe	130
bb. Leistungsnähe	131
cc. Erkennbarkeit	133
dd. Schutzbedürftigkeit der Anleger	133
ee. Keine Abhängigkeit vom Parteiwillen	134
ff. Rechtsfolge	135
h) Deliktsrechtliche Ansprüche des Anlegers gegen die externe KVG	138
i) Ergebnis	138
3. Geltungsbereich von Prozessverträgen im Rechtsbeziehungsgeflecht von externer KVG, extern verwalteter Investmentgesellschaft und Anlegern	139
a) Prozessverträge im Verhältnis der Anleger zur extern verwalteten Investmentgesellschaft	139

Inhaltsverzeichnis

b)	Prozessverträge im Verhältnis der externen KVG zur Investmentgesellschaft	140
c)	Prozessverträge im Verhältnis der externen KVG einer Investmentgesellschaft zu deren Anlegern	140
aa.	Keine Ausnahmen aufgrund des Parteiwillens	141
(1)	Rechtsprechung	142
(2)	Unabhängigkeit des Vertrages mit Schutzwirkung vom hypothetischen Parteiwillen	147
bb.	Verhältnis zwischen Prozessverträgen in den Anlagebedingungen und Prozessverträgen bezüglich Streitigkeiten aus dem Bestellungenvertrag	148
III.	Ergebnis	150
C.	Verwahrstellenvertrag	151
I.	Inhalt und Vertragsparteien	151
II.	Konsequenzen für Prozessverträge	156
D.	Rechtsverhältnis zwischen Anleger und Verwahrstelle	156
E.	Sonderfall mittelbar beteiligter Anleger	157
I.	Rechtsstellung des mittelbar beteiligten Anlegers gemäß § 152 Abs. 1 S. 3 KAGB	158
II.	Geltung von Prozessverträgen betreffend den Investment-, Gesellschafts- und Bestellungenvertrag	160
F.	Zusammenfassung und Bewertung	161
5. Kapitel:	Mehrstöckige Investmentanlage	164
A.	Dachfonds	164
I.	Dachfonds ist Investmentsondervermögen	165
II.	Dachfonds ist extern verwaltete Investmentgesellschaft	168
III.	Dachfonds ist intern verwaltete Investmentgesellschaft	169
IV.	Konsequenzen für den Geltungsbereich von Prozessverträgen	169
1.	Dachfonds ist Investmentsondervermögen	169
2.	Dachfonds ist extern verwaltete Investmentgesellschaft	171
3.	Dachfonds ist intern verwaltete Investmentgesellschaft	171

B. Master-Feeder-Strukturen	172
I. Master-Feeder-Vereinbarung	173
1. Schadensersatzansprüche des Feederfonds oder der Anleger des Feederfonds gegen die Master-KVG	174
a) Feederfonds ist Investmentsondervermögen	176
b) Feederfonds ist extern verwaltete Investmentgesellschaft	177
c) Feederfonds ist intern verwaltete Investmentgesellschaft	178
2. Konsequenz für den Geltungsbereich von Prozessverträgen in Master-Feeder-Vereinbarungen	179
a) Feederfonds ist extern verwaltete Investmentgesellschaft oder Investmentsondervermögen	179
b) Feederfonds ist intern verwaltete Investmentgesellschaft	180
II. Verwahrstellenvereinbarung	180
C. Fazit zur mehrstöckigen Investmentanlage	181
6. Kapitel: Anteilklassen und Umbrella-Konstruktionen	184
A. Anteil- und Aktienklassen	185
I. Verschiedene Anteilklassen durch Geltung unterschiedlicher Prozessverträge	186
II. Zivilrechtliche Implementierung von Anteil- und Aktienklassen	189
B. Umbrella-Konstruktionen	190
I. Investmentsondervermögen	191
II. Investmentgesellschaften	192

Inhaltsverzeichnis

Fazit zum zweiten Teil	193
Dritter Teil Wirksamkeit von Prozessverträgen im Investmentrecht	195
7. Kapitel: Zivilprozessrechtliche Zulässigkeit	196
A. Gesetzlich geregelte Prozessverträge	196
I. Zuständigkeitsvereinbarungen	197
1. Derogationsfester Repräsentantengerichtsstand, § 319 Abs. 2 KAGB	197
a) Anwendungsbereich	198
aa. Internationaler Anwendungsbereich	198
bb. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	201
cc. Zwischenergebnis	204
b) Derogationsverbot	204
2. Ausschließliche internationale Zuständigkeit bei OGAW-Master-Feeder-Strukturen	206
a) Anwendungs- und Geltungsbereich	207
b) Ausschließliche internationale Zuständigkeit der Gerichte des gemeinsamen Herkunftsstaates von Master- und Feeder-OGAW, § 175 Abs. 1 S. 2 KAGB i. V. m. Art. 14 Abs. 1 RL 2010/44/EU	208
c) Ausschließliche internationale Zuständigkeit der Gerichte des Staates entweder des Master- oder des Feeder-OGAW, § 175 Abs. 1 S. 2 KAGB i. V. m. Art. 14 Abs. 2 RL 2010/44/EU	210
d) Telos der ausschließlichen internationalen Zuständigkeit bei OGAW-Master-Feeder-Strukturen	214
3. §§ 165 Abs. 2 Nr. 24, 269 Abs. 1 KAGB	215
II. Schiedsvereinbarungen	216
III. Verträge über die Prozessführungsbefugnis des Repräsentanten, § 319 Abs. 1 S. 3 KAGB	216
IV. Fazit	217
B. Gesetzlich nicht geregelte Prozessverträge	220
I. Zivilprozessrechtlicher Ausgangspunkt	220
II. Beispiele aus dem Investmentrecht	225
1. § 62 Abs. 2 KAGB	226
a) Kein Verstoß gegen Art. 37 Abs. 13 Uabs. 2 AIFM-RL	227
b) Kein Anwendungsvorrang von EuGVVO und LugÜ	228

c)	Kein Anwendungsvorrang von Rom I-VO und Rom II-VO	229
d)	Anwendungs- und Geltungsbereich	230
aa.	AIFM drittausländisch	230
bb.	Verbindung zu Deutschland	231
e)	Materielle Rechtsfolge: Gesamtverweisung auf das Recht des Anlegersitzstaates	233
aa.	AIF nach dem Recht eines EU- oder EWR-Staates	233
bb.	AIF nach drittausländischem Recht	236
cc.	Ausnahme für vertriebsbezogene Ansprüche	238
dd.	Zwischenergebnis	243
f)	Prozessuale Rechtsfolge: Internationale Zuständigkeit der Gerichte des Anlegersitzstaates	244
g)	Zwischenergebnis	246
h)	Kein Derogationsverbot	246
2.	Schiedsvereinbarungen	248
a)	§ 319 Abs. 2 KAGB	249
b)	§ 175 KAGB i. V. m. Art. 14, 25, 28 RL 2010/44/EU	251
3.	Schlichtungsvereinbarungen	252
4.	Ausschluss der Prozessstandschaft von KVG und Verwahrstelle	255
a)	Ausschluss der Prozessstandschaft der KVG	256
aa.	Effektive Prozessführung durch die KVG	257
bb.	Typusprägende Bedeutung der gegenseitigen Kontrolle innerhalb von Investmentvermögen	259
cc.	Ausnahmsweise Zulässigkeit	261
dd.	Ergebnis	262
b)	Ausschluss der Prozessstandschaft der Verwahrstelle nach §§ 78 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 89 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 KAGB	262
c)	Ausschluss der Prozessstandschaft der Verwahrstelle nach §§ 78 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 89 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 KAGB	263
d)	Ausschluss der Prozessstandschaft der Verwahrstelle nach § 89 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 KAGB	265
5.	Ausschluss von Anlegerklagen	267
III.	Fazit	268

Inhaltsverzeichnis

C. Prozessvertragliches Bestimmtheitsgebot	269
I. Zivilprozessrechtliche Begründung	270
1. Keine kategorische Unzulässigkeit antizipierender Prozessverträge	270
2. Kein prozessuales Pendant zu § 138 Abs. 1 BGB	271
3. Bestimmtheitsgebot als allgemeines Rechtsprinzip des Prozessvertragsrechts	272
a) Planwidrige Regelungslücke	272
b) Verallgemeinerungsfähigkeit	273
c) Verallgemeinerungsbedürfnis	276
4. Kein Übersehbarkeitserfordernis für antizipierende Prozessverträge	278
II. Konsequenzen für Prozessverträge im Investmentrecht	279
1. Geltung nur für Streitigkeiten mit Bezug zum konkreten Hauptvertrag	279
2. Prozessverträge in den Allgemeinen Anlagebedingungen	281
3. Umbrella-Konstruktionen und Anteilklassen	282
4. Dachfonds und Master-Feeder-Strukturen	282
III. Fazit	283
8. Kapitel: Materiell-rechtliche Beschränkungen der Dispositionsbefugnis	286
A. Beachtlichkeit anspruchssichernder Normen des materiellen Rechts	288
B. Anspruchssichernde Normen im Investmentrecht	292
I. Widerrufsrechte	292
1. Widerrufsrecht bei offenen Investmentvermögen	292
a) Anwendungsbereich	292
b) Schutz von Anspruchsentstehung und -erhaltung	294
2. Widerrufsrecht bei geschlossenen Investmentvermögen	296
a) Anwendungsbereich	296
b) Schutz von Anspruchsentstehung und -erhaltung	298
3. Disponibles Widerrufsrecht bei Nachträgen zum Verkaufsprospekt eines geschlossenen Publikums-AIF	299
II. Haftung der Verwahrstelle	299
III. Prospekthaftung	302
IV. Haftung der externen KVG einer Investmentgesellschaft gegenüber deren Anlegern	305

V. Aktienrechtliche Ansprüche	306
1. Gründungshaftung	306
2. Organhaftung	309
3. Sonstige Ansprüche zur Einlagensicherung	311
4. Ergebnis	311
VI. Fazit	312
9. Kapitel: Form	314
A. Grundsätzliche Formfreiheit für Prozessverträge	314
I. Keine Ausweitung der Formvorschriften der ZPO für Zuständigkeits- und/oder Schiedsvereinbarungen	316
II. Keine Generalisierung der Ausdrücklichkeit nach § 38 Abs. 3 ZPO	316
III. Keine Verallgemeinerung von § 1031 Abs. 5 S. 3 ZPO	319
IV. Zwischenergebnis	320
B. Ausnahmen	320
I. Insbesondere die Erstreckung materiell-rechtlicher Formvorschriften	321
II. Die materiell-rechtlichen Formvorschriften als Ausgangspunkt	322
III. Der Vollständigkeitsgrundsatz	324
1. Herleitung	324
2. Umfang	326
3. Keine Rückausnahme für Schieds- und Zuständigkeitsvereinbarungen	328
IV. Zwischenergebnis	333
C. Erstreckung der Formvorschriften des Investmentrechts	333
I. Schriftlichkeit der Anlagebedingungen	333
1. Kein Schriftformerfordernis nach § 126 Abs. 2 BGB	333
a) Wortlaut der §§ 162 Abs. 1 a. E., 266 Abs. 1 a. E., 273 S. 1 a. E. KAGB	334
b) Systematik des KAGB	335
c) Subjektiv-historische Auslegung	335
d) Die Formzwecke des § 126 Abs. 2 BGB	336
2. Investmentrechtliches Schriftlichkeitserfordernis	338
3. Zwischenergebnis	341
4. Erstreckung auf Prozessverträge	342
II. Schriftform des Investmentvertrages nach § 297 Abs. 6 S. 2 KAGB	343

Inhaltsverzeichnis

III. Schriftform des Gesellschaftsvertrages einer InvKG	344
IV. Notarielle Beurkundung der Satzung einer InvAG	347
V. Schriftform des Verwahrstellenvertrages	349
VI. Fazit	351
10. Kapitel: Prozessverträge in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Investmentrechts	354
A. Anwendbarkeit des AGB-Rechts auf Prozessverträge	355
I. Vorliegen einer AGB, § 305 Abs. 1 S. 1, S. 3 BGB	355
II. Keine Bereichsausnahme nach § 310 Abs. 4 BGB	357
III. Anwendbarkeit des AGB-Rechts auf Zuständigkeitsklauseln	358
IV. Anwendbarkeit des AGB-Rechts auf Schiedsklauseln	359
V. Zwischenergebnis	361
B. Anwendbarkeit des AGB-Rechts auf die konstituierenden Dokumente von Investmentvermögen	361
I. Anlagebedingungen	361
1. Grundsätzliche AGB-Qualität	361
2. Prozessverträge keine Leistungsbeschreibungen	363
3. Keine andere Bewertung bei Fremdemission	365
II. Satzung und Gesellschaftsvertrag	368
1. Prozessverträge in der InvAG-Satzung/dem InvKG- Gesellschaftsvertrag	369
2. Gesellschaftsvertragliche Inhaltskontrolle	370
a) Bei der InvKG	372
b) Bei der InvAG	373
c) Verhältnis zur AGB-Kontrolle	375
C. Abschlusskontrolle von Prozessverträgen in den Anlagebedingungen	375
I. Anlagebedingungen von Investmentsondervermögen und InvAG	376
1. Keine Anwendung von § 305 Abs. 2 BGB bei Investmentsondervermögen und InvAG	376
a) Begründung	376
b) Konsequenz	380
2. Keine Anwendung von § 305c Abs. 1 BGB	380
II. Anlagebedingungen von InvKG	382
1. Anwendung von § 305 Abs. 2 BGB	382
2. Anwendung von § 305c Abs. 1 BGB	383

D. Inhaltskontrolle von Prozessverträgen in den Anlagebedingungen	384
I. Schranken der Inhaltskontrolle nach § 307 Abs. 3 S. 1 BGB	384
1. Deklaratorische Klauseln	384
2. Preisvereinbarungen	385
3. Leistungsbeschreibungen	385
4. Zwischenergebnis	387
II. Auslegungs- und Kontrollmaßstab	387
1. Objektiver Maßstab und unterschiedliche Verkehrskreise	387
a) Rechtsformen	389
b) Offene und geschlossene Investmentvermögen	389
c) Anlagegegenstände	390
d) Anteil- oder Aktienklassen und Teilinvestmentvermögen	390
e) Privatanleger und (semi-)professionelle Anleger	390
aa. Anlagebedingungen von Publikumsinvestmentsondervermögen und Publikums-InvAG	391
bb. Anlagebedingungen von Publikums-InvKG	392
2. Keine Geltung des Schuldverschreibungsgesetzes (SchVG)	394
3. Zwischenergebnis	395
III. Klauselverbote nach §§ 308, 309 BGB	396
1. Beweisverträge	397
a) § 309 Nr. 12 BGB	397
b) § 309 Nr. 5 BGB	399
2. Klagbarkeitsausschluss	401
a) Allgemeines	401
b) Beispiele	403
c) Ergebnis	404
3. Zwischenergebnis	404
IV. Generalklausel, § 307 Abs. 1, Abs. 2 BGB	405
1. Keine Geltung von § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB im Investmentrecht	406
2. § 307 Abs. 2 BGB	407
a) § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	408
aa. Abweichungen von gesetzlichen Regelungen des KAGB zu Prozessverträgen	409
bb. Abweichungen von zivilprozessrechtlichen Normen des KAGB	409
(1) Abweichungen von § 62 Abs. 2 KAGB	409

Inhaltsverzeichnis

(2) Abweichungen von den Prozessstandschaften der KVG und der Verwahrstelle nach §§ 78 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 S. 1, 89 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 S. 1 KAGB	411
(3) Abweichungen von den Prozessstandschaften der Verwahrstelle nach §§ 78 Abs. 1 Nr. 2, 89 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 3 KAGB	412
(4) Ausschluss von Anlegerklagen entgegen §§ 78 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 S. 2, 89 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 S. 2 KAGB	412
b) § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB	413
3. § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	413
a) Unangemessene Benachteiligung durch Prozessvertrag	414
b) Insbesondere Surrogatverfahren	415
aa. Publikumsinvestmentvermögen	415
bb. Spezialinvestmentvermögen	416
4. Transparenzgebot, § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	418
E. Ergebnis	420
Fazit zum dritten Teil	424
Schlussbetrachtung	427
A. Abschluss und Geltungsbereich von Prozessverträgen im Investmentrecht	428
B. Wirksamkeit von Prozessverträgen im Investmentrecht	428
C. Resümee	430
Literaturverzeichnis	431

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	am Main
AAB	Allgemeine Anlagebedingungen
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AIF	Alternativer Investmentfonds / Alternative Investment Fund
AIFM	Alternative Investment Fund Manager
AIFM-RL/AIFMD	Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 8.6.2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010
AktG	Aktengesetz
AktR	Aktienrecht
allg.	allgemein
allg. M.	allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AntAnlVerlV-E	BaFin-Diskussionsentwurf der Verordnung über die von einer Kapitalanlagegesellschaft zu treffenden Maßnahmen bei einer fehlerhaften Berechnung des Anteilwertes oder der Verletzung von Anlagegrenzen (Anteilwertfehler- und Anlagegrenzverletzungsverordnung)
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel

Abkürzungsverzeichnis

AS-RL	Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 21.5.2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Richtlinie über die alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten)
AS-Stelle	Stelle der außergerichtlichen Streitbeilegung
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
AuslInvG	Auslandinvestment-Gesetz
BAB	Besondere Anlagebedingungen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Banking L.J.	Banking Law Journal
BankR-Hdb.	Bankrechts-Handbuch
BankR-Komm.	Bankrechts-Kommentar
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
Begr.	Begründer / Begründung
Beschl.	Beschluss
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVI	Bundesverband Investment und Asset Management e. V.
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Ch.	chapter
d. h.	das heißt
DB	Der Betrieb
Delegierte VO zur AIFM-RL	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 694/2014 der Kom- mission v. 17.12.2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Ra- tes im Hinblick auf technische Regulierungsstandards zur Bestimmung der Arten von Verwaltern alternativer Investmentfonds
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
Ed.	Edition/edition
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
ELTIF	European Long-Term Investment Fund
En.	Endnote
ESMA	European Securities and Markets Authority
et al.	et alii
et seq.	et sequens
et seqq.	et sequentes
etc.	et cetera
ETF	exchange traded fund
EU	Europäische Union

Abkürzungsverzeichnis

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGH Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v. 27.9.1968
EuGVVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuIPR	Europäisches Internationales Privatrecht
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	folgende
ff.	folgende (akademischer Plural)
FG	Festgabe
FinMarktR	Finanzmarktrecht
FinSV	Finanzschlichtungsstellenverordnung
FK	Frankfurter Kommentar
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GesR	Gesellschaftsrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
grds.	grundsätzlich
Gruch. Beitr.	Gruchot's Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts

GrünhutsZ	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart, begr. von C. S. Grünhut
Grundz.	Grundzüge
GS	Gedächtnisschrift/Gedenkschrift
GSOGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVwR	Grundlagen des Verwaltungsrechts
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
h. M.	herrschende Meinung
Habil.	Habilitationsschrift
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HGÜ	Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30. Juni 2005
Hk-ZPO	Handkommentar Zivilprozessordnung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
i. E.	im Ergebnis
i. R. d.	im Rahmen des
i. R. e.	im Rahmen eines
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
ILF	Institute for Law and Finance
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
int.	international
Int & Comp. L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
InvAG	Investmentaktiengesellschaft
InvG	Investmentgesetz
InvKG	Investmentkommanditgesellschaft
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrecht
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit

Abkürzungsverzeichnis

i. w. S.	im weiteren Sinne
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
jew.	jeweils
J. Mark. Res.	Journal of Marketing Research
JR	Juristische Rundschau
Jrslm. Rev. Legal Stud.	Jerusalem Review of Legal Studies
Jura	Juristische Ausbildung
jurisPK-BGB	juris Praxiskommentar BGB
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KASchlichtV	Kapitalanlageschlichtungsstellenverordnung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
Kap.	Kapitel
KapAnlageR	Kapitalanlagerecht
KapMarktR	Kapitalmarktrecht
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten (Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz)
KG	Kommanditgesellschaft
KK	Kölner Kommentar
KMRK	Kapitalmarktrechts-Kommentar
KOM	Europäische Kommission
krit.	kritisch
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft(en)
LArbG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
Lief erg.	Lieferung
ILGBI.	liechtensteinisches Landesgesetzblatt
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen, hrsg. v. Lindenmaier/Möhrling u. a.
Ltd	Limited

LugÜ	Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30.10.2007
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
m.	mit
m. E.	meines Erachtens
mfK	mit fixem Kapital
mwN	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MiFiD-II	Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 15.5.2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (Neufassung)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
Mot.	Motive
MünchHdb-GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MünchKomm-AktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MünchKomm-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MünchKomm-GmbHG	Münchener Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
MünchKomm-VVG	Münchener Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz
MünchKomm-ZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
mvK	mit veränderlichem Kapital
n. F.	neue Fassung
N. N.	nomen nescio
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
NJWE-FER	Neue Juristische Wochenschrift-Entscheidungsdienst Familien- und Erbrecht
NK	NomosKommentar
No.	number

Abkürzungsverzeichnis

NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
öBGBL	österreichisches Bundesgesetzblatt
OGAW	Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OGAW-IV-RL	Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 13.7.2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)
OGAW-V-RL	Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 23.7.2014 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen
OGAW-V-UmsG	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 23.7.2014 zur Änderung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen v. 3.3.2016
OGAW-RL	OGAW-IV-RL in der Fassung nach der OGAW-V-RL
OI	Ombudsstelle für Investmentfonds e. V.
OLG	Oberlandesgericht
OSI	Ombudsstelle für Sachwerte und Investmentvermögen e. V.
Oxf. J. Leg. Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
p.	page
para.	paragraph
paras.	paragraphs
PE	Private Equity
plc	public limited company
pp.	pages

Q & A	Questions and Answers
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdF	Recht der Finanzinstrumente
RE	Regierungsentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite(n)/Satz/Sätze
s.	siehe
s. a.	siehe auch
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
SA	Société anonyme
SchiedsVfG	Gesetz zur Neuregelung des Schiedsverfahrensrechts
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
scil.	scilicet
sec.	section
SGB X	Zehntes Sozialgesetzbuch
sog.	so genannt
Sp.	Spalte
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
str.	streitig

Abkürzungsverzeichnis

Tbd.	Teilband
teilw.	teilweise
TGV	Teilgesellschaftsvermögen
TVG	Tarifvertragsgesetz
Tz.	Textziffer
u.	und
u. a.	unter anderem/und andere
u. U.	unter Umständen
u. v. m.	und viele mehr
Uabs.	Unterabsatz
UCITS	Undertaking for Collective Investments in Transferable Securities
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen
UNÜ	New Yorker UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10.6.1958
Urt.	Urteil
v.	von/vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VC	Venture Capital
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VertragsR	Vertragsrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vor.	Vorbemerkung
vs.	versus
VSBG	Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WirtschaftsR	Wirtschaftsrecht

WM	Wertpapier-Mitteilungen Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfBR	Zeitschrift für Baurecht
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZFR	Zeitschrift für Finanzmarktrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVgIRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
zzgl.	zuzüglich
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International, Jahrbuch des Internationalen Zivilprozessrechts

